



---

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Minister Pfister,  
meine Damen und Herren Abgeordnete,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,  
sehr geehrter Herr Dr. Schirmmacher,  
sehr geehrter Herr Präsident Reiff,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

zu der traditionellen Jahresbegegnung unserer beiden Wirtschaftskammern begrüße ich Sie - auch im Namen meines Präsidentenkollegen Eberhard Reiff - sehr herzlich. Für die Tage, die noch vor uns liegen, wünsche ich Ihnen Gesundheit, Glück und Zufriedenheit – kurz: ein erfolgreiches Jahr 2007.

Ich freue mich sehr über die Anwesenheit so vieler Vertreter aus Parlamenten und Ministerien, den höchsten Repräsentanten der Landkreise, den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen, der Verwaltungen und des öffentlichen Lebens aus unserer Region.

Stellvertretend möchte ich Herrn Wirtschaftsminister Ernst Pfister als Repräsentant für alle staatlichen Stellen begrüßen. Sehr herzlich grüße ich die Bundestagsabgeordneten Thomas Bareiß, Ernst-Reinhard Beck, Renate Gradistanac und Annette Widmann-Mauz sowie die Landtagsabgeordneten Dieter Hillebrand, Hagen Kluck und Karl Wilhelm Röhm. Als Hausherrin und stellvertretend für alle kommunalen Vertreter begrüße ich Frau Oberbürgermeisterin Barbara Bosch.

Mein besonderer Gruß gilt aber insbesondere den Unternehmerinnen und Unternehmer aus unseren Kammerbezirken, für die wir stellvertretend diesen Empfang ausrichten. Seien Sie uns alle sehr herzlich willkommen, und ich freue mich sehr, dass Sie so zahlreich unsere gemeinsame Einladung angenommen haben.

Mein besonderer Gruß gilt jedoch unserem diesjährigen Festredner und Ehrengast. Ich heiße Sie, verehrter Herr Dr. Schirmmacher, in unserer Mitte sehr herzlich willkommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
kürzlich erzählte mir ein älterer Bekannter eine kleine Geschichte. Die junge Kellnerin im Café neben seiner Wohnung winkte ihm jeden Tag zu. Er fühlte sich geschmeichelt, denn sie war mindestens 15 Jahre jünger als er. Eines Tages habe sie ihn zu sich gerufen und gefragt: „Sind Sie alleinstehend?“ - „Ja, warum?“ habe er mit einem strahlenden Lächeln erwartungsvoll erwidert. „Meine Mutter auch“, erklärte sie. „Möchten Sie sie kennen lernen?“

Der „Generationenkonflikt“ in dieser Geschichte ist wohl eher zum Schmunzeln. Das Thema ist aber leider ernster, und deshalb befassen wir uns nun bereits zum zweiten Mal bei einem Neujahrsempfang mit dem demographischen Wandel und den sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Konflikten.



Ich möchte Ihnen nur zwei Zahlen als Vergleich nennen. Im Regierungsbezirk Tübingen lag der Anteil der unter 10-jährigen 1961 bei 17 Prozent, im Jahr 2005 waren es nur noch etwa 10 Prozent. Der Anteil der über 65-jährigen lag 1961 bei 10 Prozent, im Jahr 2005 bei 17,5 Prozent. Das Verhältnis hat sich also umgekehrt.

Allein auf Grund dieser Zahlen könnte man den Schluss ziehen, dass es bald nicht mehr nur um die immer wieder diskutierte Vereinbarkeit von Elternschaft und Beruf geht, sondern mehr noch um die Vereinbarkeit von Altersfürsorge und Familie und Beruf. Es geht, so meine ich, vor allem nicht nur um die finanziellen Konsequenzen für jeden Einzelnen und die Gesellschaft, sondern um einen Wandel unseres Gesellschaftsbildes überhaupt. Und was vielleicht noch wichtiger ist: Wir reden jetzt über diese Angelegenheiten in einer Zeit, in der die demographischen Probleme noch gar nicht in das Stadium ihrer extremen Beschleunigung getreten sind.

Bevor wir jedoch in dieses Thema einsteigen, lassen Sie mich noch einige allgemeine Bemerkungen machen. Rückblickend lässt sich sagen, dass sich das Geschäftsklima im Jahr 2006 wie seit Jahren nicht mehr verbessert hat. Auch weiterhin gehen die Betriebe von einer positiven Erwartungshaltung aus. Damit ging das Jahr 2006 weitaus besser zu Ende als es zu Beginn noch erwartet worden war. Offensichtlich stützt sich der wirtschaftliche Aufschwung auch längst nicht mehr allein auf den Export; auch die Binnennachfrage zieht an.

Im Handwerk hatten vor allem das Bauhauptgewerbe und die Ausbauhandwerke volle Auftragsbücher. Es ging in der Tat wieder aufwärts und von diesem wirtschaftlichen Trend profitiert - allerdings noch etwas zaghaft - auch der Arbeitsmarkt. Es wird wieder investiert und als Fazit dieser Entwicklung hat der Arbeitskreis Steuer-schätzung Mehreinnahmen für den Bund in Höhe von 39 Milliarden Euro für die nächsten zwei Jahre prognostiziert.

Nicht zuletzt deshalb haben wir auch die Entscheidung des Reutlinger Gemeinderates begrüßt, den Hebesatz für die Gewerbe- und Grundsteuer angesichts deutlich höherer Gewerbesteuererinnahmen in den beiden vorausgegangenen Jahren vorerst nicht zu erhöhen. Angesichts weiterer günstiger Prognosen ist realistischerweise zu erwarten, dass die Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung ebenso wie die umfangreichen Investitionen der Stadt für 2007 und 2008 ohne Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes finanziert werden können.

Sie können sich vorstellen dass sich die IHK - wie wir auch - über die erfolgreiche Intervention gegen die Erhöhung der Hebesätze freuen. Wir werten dies als einen wichtigen Beitrag des Gemeinderats für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes. Ich will dabei gar nicht unterschlagen, dass diese Entscheidung in größerem Maße die Mitgliedsbetriebe der IHK betrifft, da die Hauptsteuerzahler eher nicht zum Handwerk gehören.

Vor einigen Tagen ist nun aber die Mehrwertsteuererhöhung in Kraft getreten, und wir befürchten damit eine gerade für das Handwerk schmerzhaft Konjunkturbremse. Dies bestärkt uns in unserer Forderung nach einer weiteren Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen, um wenigstens im Handwerk, das von der Steueranpassung ganz besonders betroffen ist, die Nachteile - also die Konkurrenz durch Schwarzarbeit - in Grenzen zu halten. Denn die steuerliche Anrechenbarkeit von Handwerkerleistungen hat sich - zusammen genommen mit Vorzieheffekten im Hinblick auf die Mehrwertsteuererhöhung - ganz offensichtlich positiv ausgewirkt.



Wenn ich jetzt einen kleinen Ausblick auf das Jahr 2007 wage, dann muss ich doch ein Thema kritisch ansprechen. Ich meine die Gesundheitsreform, die nicht nur für die Gesundheitshandwerke große Probleme mit sich bringen wird, die aber nach meiner festen Überzeugung insgesamt ihr Ziel verfehlt: Die Beiträge steigen, es bleibt bei der Belastung der Löhne mit viel zu hohen Lohnzusatzkosten. Sie werden nicht nennenswert unter 40 Prozent gesenkt werden können, wie ursprünglich von der Bundesregierung angepeilt. Die dringend notwendige Abkopplung der Beiträge vom Lohn wird nicht erreicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
der Wettbewerb zwischen den Regionen in unserem Lande gewinnt zunehmend an Tempo. Die Wirtschaftsregion Neckar-Alb hat in diesem Konzert zwar gute Karten. Sie ist aber weder national noch international ein Begriff.

Unverzichtbar sind deshalb gemeinsame Anstrengungen um die Stärken der Region, die vor allem für innovative Wirtschaftsbereiche ideale Voraussetzungen bietet, in das Blickfeld nationaler oder internationaler Interessen zu rücken.

Seit die von der IHK unter Mitwirkung der Handwerkskammer initiierte Standortagentur diese Aufgabe übernommen hat, werden Kontakte zu ausländischen Unternehmen forciert. Ebenso ist die Region mit Ihren aktuellen Profilen für Wirtschaft, Wissenschaft und Landschaft im Internet, auf Messen und in der überregionalen Presse präsent, so dass sie zunehmend mehr Interesse bei in- und ausländischen Investoren findet.

Die Vorzüge unserer Region national und international bekannt zu machen ist deshalb eine wichtige Aufgabe. Und auch wenn das Handwerk von diesen Aktivitäten nur sehr zögerlich profitieren können, ist es wichtig, auf gute Verkehrsanbindungen, günstige Gewerbeflächen, hoch qualifizierte Mitarbeiter und eine hervorragende Lebensqualität hinzuweisen. Und es stärkt ja auch das Selbstbewusstsein, wenn man gelegentlich selbst an die Vorzüge der Region erinnert wird, in der man lebt und arbeitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
einen wichtigen Standortvorteil haben wir auch im vergangenen Jahr ausspielen können. Es ist uns gelungen, die vertraglichen Vereinbarungen des Ausbildungspaktes zwischen Wirtschaft und Bundesregierung nicht nur einzuhalten, sondern erneut zu übertreffen. Dieses erfreuliche Ergebnis gilt gleichermaßen für die Mitgliedsbetriebe der IHK wie der Handwerkskammer. Dafür möchte ich allen Ausbildungsbetrieben in der Region noch einmal sehr herzlich danken.

Das ist insofern ein gewichtiger Standortvorteil, weil wir zum einen jungen Menschen eine Perspektive bieten und zum anderen, weil die Betriebe gut ausgebildeten Nachwuchs brauchen.

Wir dürfen uns aber nicht auf diesem Erfolg ausruhen, und selbstverständlich werden auch im kommenden Jahr wieder große Anstrengungen notwendig sein, um das Ergebnis des vergangenen Jahres zu erreichen beziehungsweise zu verbessern.

Wir im Handwerk haben allerdings nach wie vor das große Problem, dass wir bereits seit Jahren nicht alle freien Lehrstellen besetzen können. Zwar konnten wir im vergangenen Jahr über 190 Ausbildungsbetriebe mit nahezu



220 Ausbildungsplätzen neu hinzugewinnen und somit die Vorgaben des Ausbildungspaktes im Kammerbezirk erneut erfüllen. Zufrieden können wir jedoch nicht sein, da die Gesamtzahl der neuen Ausbildungsverträge im Handwerk zurückgegangen ist, während die IHK erfreulicherweise positive Zahlen melden kann.

Erschreckend für uns war jedoch die letzte Nachvermittlungsaktion, die die beiden Wirtschaftskammern zusammen mit der Agentur für Arbeit jedes Jahr durchführen. Ende Oktober 2006 wurden alle 220 noch nicht vermittelten Bewerber geladen. Auf das Handwerk entfielen hiervon lediglich 17 Interessenten bzw. Bewerber. Von denen sind allerdings nur drei zum Beratungstermin erschienen, alle anderen fehlten unentschuldigt.

Dieses niederschmetternde Ergebnis bestätigt uns erneut, dass es nach wie vor viel zu viele nicht ausbildungswillige Schulabgänger gibt, d. h. die Stärkung der Ausbildungsreife der Schulabgänger bleibt weiter ein permanentes und dringendes Thema für unsere Schulen.

Insgesamt verdeutlicht dieses Ergebnis aber auch, dass alle am Handwerk interessierten Entlassschüler einen Ausbildungsplatz erhalten konnten und relativiert zugleich die Tatsache, dass die Gesamtzahl der neu abgeschlossenen Lehrverträge bei uns gegenüber dem Vorjahr rückläufig ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
gelegentlich hört man Kritik, das System der dualen Ausbildung sei zu breit und zu berufsbezogen angelegt. Berufsanfänger sollten demgegenüber stärker für spezielle Aufgaben in den Unternehmen ausgebildet werden.

Ich glaube nicht, dass es der richtige Weg wäre, die Berufsausbildung zu modularisieren. Letztlich liefe das darauf hinaus, der mangelnden Ausbildungsfähigkeit vieler Bewerber mit einer Absenkung des Ausbildungsniveaus zu begegnen. Das wäre eine entscheidende Verschlechterung für die deutsche Wettbewerbsfähigkeit. Denn insbesondere die duale Ausbildung ist nach wie vor ein Garant für die Leistungsfähigkeit unseres Ausbildungssystems.

Jetzt steht gerade das Handwerk allerdings vor einem Problem: Die Politik bringt gegenüber dem Handwerk immer wieder direkt oder indirekt ihre Erwartung zum Ausdruck, dass es sich um die eher leistungsschwachen Jugendlichen kümmern soll.

Viele dieser so genannten „praktisch begabten“ Jugendlichen sind aber oft gar nicht ausbildungsfähig und zählen zu jenen, die in der Vergangenheit als Ungelernte eine Hilfstätigkeit ausübten. Diese ungelerten Tätigkeiten fallen jedoch immer mehr weg.

Damit stehen die Handwerksbetriebe vor einem gesellschaftspolitischen Dilemma, da ihre Leistungsfähigkeit und damit auch ihre Wettbewerbsfähigkeit nur über die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Inhaber zu gewährleisten ist.

Und sie müssen bedenken, dass je kleiner ein Betrieb ist, desto geringer der Grad der Arbeitsteilung ist und umso umfassender die Handlungskompetenz jedes einzelnen Beschäftigten sein muss - das gilt letztendlich nicht nur für Handwerksbetriebe, sondern für die Mehrzahl der kleineren mittelständischen Betriebe.



---

Drängen nun auf dieser Grundlage immer mehr leistungsschwache Jugendliche in die duale Berufsausbildung, dann werden letztendlich das Image und vor allem die Qualität des dualen Ausbildungssystems insgesamt sinken.

Damit wird aber ein Teufelskreis in Gang gesetzt: Die Leistungsfähigkeit der Betriebe sinkt auf Grund weniger qualifizierter Mitarbeiter. Hinzu kommt dann, dass der Erfolg von Aus- und Weiterbildung umso geringer wird, je niedriger die Ausgangsqualifikation der Menschen ist. Und schließlich werden die Endverbraucher immer unzufriedener mit der Produktion und Dienstleistung dieser Betriebe.

Ich habe jetzt nur einige Aspekte dieses äußerst wichtigen Themas angesprochen, aber es sollte deutlich geworden sein, dass wir uns gerade im Bereich der Ausbildung mit existenziellen Problemen konfrontiert sehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich nun zum Schluss noch eine kleine Geschichte erzählen. Der amerikanische Schriftsteller Mark Twain war zunächst als Redakteur einer Tageszeitung unter anderem für die Sorgenspalte zuständig. Eine 17-jährige Leserin klagte, sie verstehe sich mit ihrem Vater nicht. Er sei alt, rückständig und ohne Sinn für das Moderne.

Twain antwortete: "Ich kann Sie gut verstehen. Als ich 17 war, zeigte mein Vater ebenfalls kein Verständnis. Man muss nur Geduld haben. Zehn Jahre später konnte ich mich schon vernünftig mit ihm unterhalten. Es ist verblüffend, was der alte Herr dazugelernt hat."

Sehr geehrter Herr Dr. Schirmmacher, möglicherweise können wir von Ihnen nun erfahren, wer denn nun wirklich etwas dazu lernen muss - die Alten, die Jungen oder beide gleichermaßen. Jedenfalls freuen wir uns nun auf Ihren Vortrag.

Reutlingen, 11. Januar 2007